



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel, Cemal Bozoğlu, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Anna Schwamberger und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 18/15938, 18/17109

Mehr Sicherheit in zunehmend unsicheren Zeiten – Übernahme der Kosten zur personellen Sicherung von jüdischen Einrichtungen und Synagogen

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Rahmen der anstehenden Neuverhandlung des Staatsvertrages mit dem Landesverband der israelitischen Kultusgemeinden in Bayern sowie der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, den jüdischen Gemeinden in Bayern finanzielle Mittel in ausreichender Höhe zur Verfügung zu stellen. Insbesondere wird die Staatsregierung aufgefordert, im Rahmen der Neuverhandlung dieses Staatsvertrages die laufenden Aufwendungen für allgemeine Sicherheitsmaßnahmen angemessen zu berücksichtigen. Des Weiteren sollen einzelfallbezogene finanzielle Unterstützungsleistungen aus besonderem Anlass wie beispielsweise im Hinblick auf die technische Ertüchtigung des Sicherheitsstandards jüdischer Einrichtungen nach dem Anschlag von Halle a. d. Saale vom 9. Oktober 2019 gewährleistet sein.

Die Präsidentin

I.V.

Thomas Gehring

II. Vizepräsident